



Allzweckmeister ...

WWW.SN.AT/WIZANY

durchaus weiblich sein. Das Anliegen „mehr weibliches Denken und Handeln in der Gemeindepolitik“ ist deutlich spürbar, so die SN-Verlagsforschung, 72 Prozent meinen, dass ein größerer Frauenanteil der Politik guttun würde. Übrigens denken Männer darüber genauso wie Frauen.

Hat der Bürgermeister zu viel Macht? Nein, sagt die Mehrheit (71 %). Nur für knapp jeden Vierten (23 %) ist er zu mächtig. Im Kreuzfeuer der Kritik stehen Gemeindepolitiker oft in Raumordnungs- und Baufragen. Der Wählerwunsch nach Veränderung ist aber gering. 80 Prozent wollen die Zuständigkeit in der Gemeinde halten, nicht einmal ein Fünftel wünscht sich das Land bzw. die Bezirkshauptmannschaft als entscheidende Behörde. In puncto direkter Demokratie ist das Ergebnis nicht eindeutig. 45 Pro-

zent wollen mehr verpflichtende Bürgerbefragungen über Projekte, 51 Prozent möchten das nicht – eine klassische Pattstellung, die Differenz ist innerhalb der Schwankungsbreite. ÖVP- und SPÖ-Wählern sind Bürgerbefragungen ein weniger wichtiges Anliegen als Anhängern anderer Gruppen, die sich klar (zu fast zwei Dritteln) dafür aussprechen.

Mit dem Leben in ihrer Gemeinde sind 60 Prozent sehr zufrieden, ein weiteres Drittel ist zufrieden. Verkehr, Wohnen, Kinderbetreuung, Altenbetreuung und Jugendförderung kristallisierten sich als die wichtigsten Themen heraus. Als so gut wie unverzichtbar stufen die Bürger öffentliche Verkehrsmittel, Kindergärten, Gasthaus, Lebensmittelmarkt und Sporteinrichtungen ein. Erst dann folgen Bank, Post und Polizei.

Regierung kann sich nicht auf Umwelthanwalt einigen

So ganz ohne Belang ist die Stelle des Landesumwelthanwalts für die Landesregierung offenbar nicht. Denn die Koalition konnte sich bis dato nicht auf eine Person einigen, die für die nächsten fünf Jahre an der Spitze der LUA stehen soll. Schlimmer noch: Die drei übrig gebliebenen Kandidaten aus dem Hearing müssen diese Woche noch einmal zum Hearing antreten – und zwar vor der Landesregierung bzw. den drei Koalitionspartnern.

Der grüne LH-Stv. Heinrich Schellhorn hatte seine Favoritin in der Vorwoche dem Landeshauptmann vorgeschlagen. Anstelle von Wolfgang Wiener soll nach 20 Jahren eine Frau die Umwelthanwaltschaft leiten. Das findet auch bei den Neos große Zustimmung. Doch die ÖVP bzw. der Landeshauptmann selbst scheint einen Kandidaten ins Auge gefasst zu haben. Dem wollen die Grünen aber nicht zustim-

men. Nicht, weil sie den Mann für fachlich ungeeignet hielten, sondern befürchten, dass dieser dem Druck der ÖVP nicht standhalten würde. Und genau das müsse der oder die Neue können, heißt es hinter vorgehaltener Hand: der ÖVP auch einmal forsich entgegenzutreten.

POLITIK OHNE PROTOKOLL
Heidi Huber



Ein finales Hearing soll jetzt also Klarheit schaffen. Dabei lief schon Hearing Nummer eins kurios ab. Die Kommission durfte nämlich keine Reihung der Kandidaten vornehmen und damit auch keinen LUA vorschlagen, sondern sollte nur drei Personen auswählen – den Rest würde die Landesregierung erledigen. Nicht einmal ein Punktesystem gab es – was üblich wäre bei solchen Stellenbesetzungen. Aber diese hier ist eben nicht ganz belanglos – und daher nicht ganz unpolitisch.

OHNE PROTOKOLL

FPÖ fordert ein Heimweg-Telefon

SALZBURG-STADT. Noch gibt es die von der FPÖ geforderte Ordnungswache nicht, aber Klubobmann Andreas Reindl hat schon eine Aufgabe für sie

gefunden: ein „Heimweg-Telefon“. Dabei begleiten Mitarbeiter Anrufer online auf dem nächtlichen Heimweg und alarmieren im Fall eines Angriffs die Polizei.

ÖVP: Städtische Wohnungen werden „sträflich vernachlässigt“

SALZBURG-STADT. Knapp die Hälfte aller städtischen Wohnungen entsprachen 2016 nur Kategorie-B-Standard. Umso verständlicher findet es ÖVP-Klubobmann Christoph Fuchs, dass die stadt-eigene Kommunale gswb Liegenschaftsverwaltung (KgL) 2017 nur 774.800 Euro (35 Prozent weniger als 2016) für umfas-

sende Sanierungen ausgegeben hat. „Im Budget vorgesehen waren noch 900.000 Euro“, sagt Fuchs. SPÖ-Vizebürgermeisterin Anja Hagenauer: „Erstens müssen wir warten, bis die Wohnungen frei werden – das ist nicht immer planbar. Zweitens ist das nicht verwendete Geld nicht verloren, sondern wird ins Folgejahr mitgenommen.“

sts